

Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 1/2009, 8. Januar 2009

► Kolumne
► Über 2700 Gäste
Seite 1

► Aktuelles aus dem
Europäischen
Parlament
► Ausblick
Seite 2-

► Wegweiser
► Aufgelesen
► Terminhinweise
► Impressum
Seite 4



Das Interesse an der Arbeit von Evelyne Gebhardt im Europäischen Parlament nimmt weiter zu. Das belegen nicht nur hunderte von Termin- und Bürgeranfragen sondern auch die 65 Besuchergruppen mit über 2 700 Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg, die im Jahr 2008 über Evelyne Gebhardt das Europäische Parlament in Straßburg und Brüssel besucht haben.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, einen guten Schritt entgegen und Bürger abstimmen. gehen.

wir sind am Anfang eines Wahljahres, das es in sich hat. Den ersten Höhepunkt bringen die Europawahl und die Wahl der Gemeinde- und Kreisräte am 7. Juni.

Dafür sind wir gut aufgestellt. Wir haben die richtigen Kandidaten und Programme, um zu zeigen, wie es in Europa Hand in Hand am besten geht. Und wir wollen eine sozialdemokratische Mehrheit und damit dem sozialen, solidarischen Europa

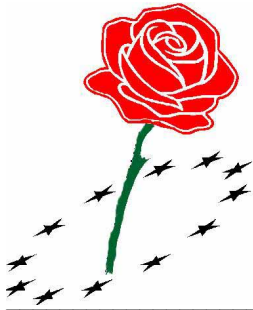
Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt und nicht die Märkte.

Leider müssen wir in diesem Jahr erst einmal mit den Folgen der blinden Marktgläubigkeit fertig werden. Aber dann haben wir Spielraum im Kampf gegen den Haifischkapitalismus. Dann haben wir Spielraum für das soziale Europa, von dem andere in Sonntagsreden gern plappern, aber in der Woche gegen die Interessen der Bürgerinnen

Wir haben uns da nichts vorzuwerfen wie etwa die baden-württembergischen CDU-Europaabgeordneten, die zum Beispiel bis zuletzt gegen einen Spielzeug-TÜV gestimmt und damit bei der neuen Spielzeugrichtlinie ein gutes Stück Sicherheit für unsere Kinder verspielt haben.

Weitersagen!

Evelyne Gebhardt



Evelyne Gebhardt, MdEP

Nr. 1/2009, 8. Januar 2009

Europäisches Parlament verhindert längere Arbeitszeiten Evelyne Gebhardt: „Bereitschaftsdienste zählen als Arbeitszeit“

"Das Europäische Parlament hat die Verlängerung der Höchstarbeitszeit durch die Hintertür verhindert", erklärte die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Muldingen nach der Abstimmung des Europäischen Parlaments in Straßburg. In verschiedenen Ländern angestrebte Arbeitszeitverlängerungen wurden abgewehrt. Damit erklärte sich das Parlament mit den Gewerkschaften solidarisch, die sich mit einer Großdemonstration gegen soziale Verschlechterungen für Arbeitnehmer zur Wehr gesetzt hatten.

Evelyne Gebhardt: "Mir und meiner sozialdemokratischen Fraktion ging es vor allem auch darum, Bereitschaftsdienste weiterhin voll als Arbeitszeit zu rechnen, wie es der Europäische Gerichtshof entschieden hatte." Nach Auffassung der baden-württembergischen Abgeordneten kam eine angestrebte Lockerung dem Versuch der Ausbeutung von Ärzten, Pflegepersonal oder auch Feuerwehrleuten gleich.

"Mir ist durchaus bewusst, dass beispielsweise Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen das Wasser bis zum Hals steht. Aber wer in Europa sparen will, darf nicht bei den Menschen beginnen, die für gute Arbeit auch einen gerechten Lohn für sich



Zwei erfahrene Politikerinnen für Hohenlohe mit großen Ambitionen für das Wahljahr 2009: Evelyne Gebhardt, die Europaabgeordnete und Spitzenkandidatin der SPD Baden-Württemberg zur Europawahl und Annette Sawade, die Bundestagskandidatin und stellvertretende Bundes- und Landesvorsitzende der SGK.

und ihre Familien erwarten", fügte Evelyne Gebhardt hinzu.

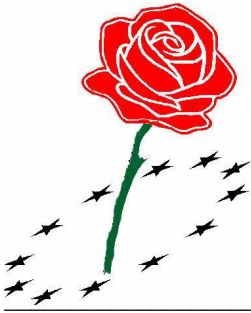
Europäisches Parlament beschließt neue Spielzeugrichtlinie

Krebserregende Chemikalien in der Kinderrassel? Blei im Spielzeugauto? Plüschtiere, die Allergien verursachen? Eltern haben einigen Grund zur Sorge, was die Sicherheit des Spielzeugs ihrer Kleinen betrifft. Im Kampf gegen Gefahren im Kinderzimmer ist das Europäische Parlament einen wichtigen Schritt vorangegangen und hat eine neue EU-Spielzeugrichtlinie

verabschiedet. Diese führt zu deutlich erhöhten Sicherheitsanforderungen.

Darüber freut sich die SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt: "Es ist höchste Zeit, dass wir die zwanzig Jahre alte Vorgängerrichtlinie durch ein modernes Gesetz ersetzen, das neuesten Erkenntnissen entspricht. Der Sicherheit und Gesundheit unserer Kinder sind wir dies schuldig."

In intensiven Verhandlungen mit der Europäischen Kommission und dem Ministerrat, gelang es dem Europäischen Parlament sich in vielen zentralen Punkten durchzusetzen. So sind in Zukunft gefährliche Stoffe und



Konstruktionen verboten. Strenge Regeln gelten für Stoffe, die krebserregend, erbgutschädigend oder fortpflanzungsgefährdend sein können (CMR-Stoffe). Klar sichtbare und eindeutig formulierte Warnhinweise zeigen Eltern, unter welchen Umständen ein Spielzeug zur Gefahr werden kann.

Außerdem setzte sich das Parlament mit der Forderung durch, viele Duftstoffe, die für die Ausbreitung von Allergien verantwortlich gemacht werden, aus dem Spielzeug zu verbannen.

Dazu die Verbraucherschutzexpertin Evelyne Gebhardt: "Ohne den unermüdlichen Einsatz von uns Sozialdemokraten wäre die Richtlinie schwächer gewesen. Die Forderungen der Konservativen und Liberalen im Europäischen Parlament waren lange nicht so ambitioniert wie unsere." Ein Wermutstropfen bleibt jedoch: Die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte Zertifizierung von Spielzeug durch unabhängige Prüfinstitute konnte gegen die konservativ-liberalen Mehrheiten im Europäischen Parlament und im Rat nicht durchgesetzt werden. Evelyne Gebhardt: „Eigentlich müsste die so genannte Drittzertifizierung als Spielzeug-TÜV so selbstverständlich sein wie der TÜV fürs Auto.“ Die Europäische Kommission will in diesem Zusammenhang jedoch besonderes Augenmerk auf Maßnahmen zur Marktüberwachung durch die Mitgliedsstaaten legen. Dadurch soll Druck entstehen, um den strengen Bestimmungen der neuen Spielzeugrichtlinie Nachdruck verleihen zu können.

Schritt gegen Ausbeutung

Trotz der Entsenderichtlinie, die sicherstellen soll, dass das Arbeitsrecht des Gastlandes eingehalten wird, sind Lohn- und Sozialdumping weit verbreitet.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben daher bei der Verabschiedung des Haushalts für 2009 die Finanzierung einer umfassenden Studie zu den tatsächlichen Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnissen von entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durchgesetzt.

In der Europäischen Union sind derzeit über eine Million entsandte Arbeitskräfte beschäftigt. Sie arbeiten vor allem in der Baubranche, in der Landwirtschaft oder in der Pflege. Viele von ihnen würden während der Entsendung mehrfach diskriminiert. Das beträfe vor allem die unkorrekte Entlohnung der tatsächlich geleisteten Arbeitszeiten. So würden immer wieder Fälle bekannt, in denen Überstunden zwar verlangt, aber nicht bezahlt würden. Auch Urlaubsansprüche würden entsandten Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen längst nicht immer gewährt.

Dazu Evelyne Gebhardt: „Wir wollen konkret wissen, wo die Probleme liegen und welche Branchen betroffen sind. Wenn die Europäische Kommission nicht handelt, dann handeln wir.“

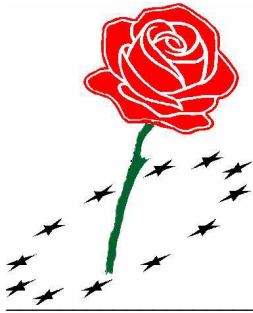
Ausblick

Aus für die Glühbirne

Ab September 2009 startet der stufenweise Übergang von den ineffizienten Glühbirnen zu Energiesparlampen. Zunächst sollen sehr stromintensive Glühbirnen über 100 Watt verboten werden. Anfang 2010 sollen dann Glühbirnen mit mehr als 40 Watt und zwei Jahre später auch die 40 Watt Glühbirnen vom Markt genommen werden.

Die Abgeordnete Evelyne Gebhardt begrüßte diesen Schritt: „Konventionelle Glühbirnen basieren auf einer völlig veralteten Technologie und setzen nur fünf Prozent des verbrauchten Stroms in Licht um, der Rest wird sinnlos verschwendet. Energiesparlampen sind bis zu fünfmal effizienter und neben Halogen- und LED-Leuchten eine echte Alternative zu den herkömmlichen Glühbirnen.“

Bei einer europaweiten Umstellung auf effizientere Beleuchtung könnten nach Schätzungen der Europäischen Kommission bis zu 25 Millionen Tonnen CO² pro Jahr eingespart werden. Dazu Gebhardt: „Australien und Neuseeland haben vorgemacht, wie es geht. Europa muss aufpassen, dass es sich notwendigen Einsparpotenzialen nicht verschließt. Letztendlich eröffnet der Umstieg die Chance auf neue und zukunftsorientierte Arbeitsplätze in Deutschland und Europa. Diese Chance müssen wir nutzen.“



Wegweiser Europa

EU-Haushalt 2009

Das Europäische Parlament hat den Haushalt für 2009 beschlossen: Das Budget wird ein Ausgabevolumen von rund 116 Milliarden Euro umfassen, das entspricht 0,89 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Europäischen Union. Der Haushalt liegt damit um rund eine Milliarde Euro über den Ausgaben in 2008, aber noch deutlich unter der im mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehenen Obergrenze. Die Details des Haushalts 2009 sind auf nachfolgender Internetseite der Europäischen Kommission ersichtlich. Dort steht auch eine Broschüre zum kostenlosen Download zur Verfügung: http://ec.europa.eu/budget/budget_detail/current_year_de.htm

Bürgerforum zum europäischen Verbraucherschutz

Mit Unterstützung durch das europäische Förderprogramm „eParticipation 2007“ ist eine Bürgerplattform über europäische Verbraucherschutzthemen entstanden. Beteiligt sind neben dem Land Baden-Württemberg auch das Europa-Zentrum Stuttgart sowie verschiedene Universitäten und Organisationen. Die Bürgerplattform eröffnet auch die Möglichkeit zu einem direk-

ten Austausch mit Europaabgeordneten über Themen des Verbraucherschutzes: www.bw-voice.eu

Aufgelesen

„Ohne Kenntnis unserer Geschichte bleibt die Gegenwart unbegreifbar.“

Helmut Schmidt

Terminhinweise

7. Januar 2009

Fraktionssitzungen

Wo?: Europäisches Parlament
Brüssel

8. Januar, 10.00 Uhr

Redaktionsbesuch beim Reutlinger Generalanzeiger

Wo?: Reutlingen

8. Januar, 14.30 Uhr

Informationsbesuch der Zukunftswerkstatt Reutlingen

Wo?: Haus der Jugend
Reutlingen

8. Januar, 17.00 Uhr

Rathausgespräch mit Oberbürgermeister Otmar Heirich

Wo?: Rathaus Nürtingen

9. Januar, 11.00 Uhr

Redaktionsgespräch bei der Pforzheimer Zeitung

Wo?: Pforzheim

9. Januar, 14.00 Uhr

Redaktionsgespräch beim Mühlacker Tagblatt

Wo?: Mühlacker

9. Januar, 16.00 Uhr

Informationsbesuch der Gesellschaft für Beschäftigung und berufliche Eingliederung

Wo?: Pforzheim

9. Januar 19.00 Uhr

Veranstaltung der Europa-Union Pforzheim

Wo?: Pforzheim

10. Januar 9.00 Uhr

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft katholischer Organisationen und Verbände der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Wo?: Stuttgart-Hohenheim

10. Januar 18.00 Uhr

Neujahrsempfang des SPD Ortsvereins Rottenburg und SPD Kreisverbands Tübingen

Wo?: Zehntscheuer, Rottenburg

11. Januar 11.00 Uhr

Neujahrsempfang der SPD Schrozberg

Wo?: Schloss Schrozberg

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt
und Wim Buesink

Europabüro
Keltergasse 47

74653 Künzelsau

Tel.: 0 79 40 – 5 91 22

Fax: 0 79 40 – 5 91 44

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, Rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 - 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu